

Rainer Spiering

- (A) An den Jäger Busen gerichtet: Wer den Antrag gelesen hat, der weiß, dass dieser Antrag Artenvielfalt bedeutet, der weiß, dass dieser Antrag bedeutet, dass Niederwild wieder Platz findet, der weiß, dass Jagdwild wieder Deckung findet.

(Zuruf der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Aber das ist ihm offensichtlich nicht aufgegangen, dem Jäger Busen. Was sein Prinzip ist, das ist klar: Ackerboden bis zum Anschlag ausnutzen und alles, was Klimaschutz bedeutet, ablehnen.

(Beifall bei der SPD – Grigorios Aggelidis [FDP]: Das Wortspiel haben Sie aber lange geübt!)

Der zweite Vorteil – dazu haben wir schon einen Antrag eingebracht – ist die Nutzung von Wertholz. Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine stabile Wertholznutzung aufzubauen, und zwar divers. Ich habe bei Gängen bei uns durch den heimischen Wald gesehen – natürlich, wie alle anderen auch –, welche Baumarten von der Hitze betroffen waren. Wenn wir jetzt dieses Agroforstsystem gut aufbauen, dann können wir auf Vielfalt, dann können wir auf Beständigkeit und dann können wir auf Zukunftsfestigkeit setzen. Das ist unsere große Hoffnung bei dem Antrag.

Letzter Punkt: GAP. Das muss natürlich Bestandteil der Förderkulisse GAP werden, der ersten Säule und der zweiten Säule. Dazu will ich auch noch loswerden: Wenn man das vernünftig machen will, dann muss es natürlich digitale Lösungen geben, dann müssen die Leute, die Agrarforstwirtschaft betreiben, die Möglichkeit haben, kurzfristig digital einen Antrag zu stellen, um für die Leistung, die sie für die Gesellschaft erbringen, kurzfristig Geld zu generieren.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft auf Drucksache 19/24783.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a der Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/24389 mit dem Titel „Produktivität, Klimaresilienz und Biodiversität steigern – Agroforstwirtschaft fördern“. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung? – CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen?

(Stephan Protschka [AfD]: Wir waren dafür!)

– Die AfD ist auch dafür, Entschuldigung. – Also, die AfD ist auch dafür. Einzig dagegen ist die FDP, wenn ich das richtig sehe. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung ist damit mit großer Mehrheit angenommen.

Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/23713 mit dem Titel „Neuanlage von Hecken als Bestandteile von modernen Agroforstsystemen fördern“. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Ausschusses? – CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und die FDP. Gegenprobe? – Die AfD, logischerweise. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/23726 mit dem Titel „Agroforstsysteme als ein nachhaltiges Anbausystem anerkennen und fördern“. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung? – Das sind wiederum alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD. Dagegen stimmt die AfD. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/14374 mit dem Titel „Agroforstwirtschaft möglich machen“. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Ausschusses? – CDU/CSU, SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, Linke und AfD. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Wir stimmen ab über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/25316 mit dem Titel „Agroforstsysteme umfassend fördern“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Grünen, die Linken und die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU/CSU, SPD und FDP. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe die Zusatzpunkte 1 bis 3 auf:

ZP 1 Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Renate Künast, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landwirtschaft eine Zukunft geben – EU-Agrarpolitik neu ausrichten und ambitioniert umsetzen

Drucksache 19/25796

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Gero Clemens Hocker, Frank Sitta, Carina Konrad, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Faire Bedingungen für Lebensmittel aus deutscher Landwirtschaft im EU-Wettbewerb

Drucksache 19/25794

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

ZP 3 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Doris Achelwilm, Cornelia Möhring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Teilhabe von Frauen in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen

Drucksachen 19/17778, 19/20252

Auch hier sind 30 Minuten für die Aussprache beschlossen.

Es beginnt die Kollegin Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wäre genau zu diesem Zeitpunkt etwa die Hälfte des Hauses zu Terminen auf der Internationalen Grünen Woche unterwegs: die Agrarleute, die Ernährungsleute, die Umweltleute. Und alle würden ganz engagiert diskutieren über die Frage, wohin die Reise gehen soll. Eigentlich wäre jetzt der Zeitpunkt, über den Wandel zu diskutieren, darüber, ob wir wirklich gut aufgestellt sind dafür, in der Agrarpolitik neue Wege zu gehen, indem wir endlich auch Probleme lösen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben doch im letzten Jahr eines gemerkt, nämlich dass die Verbindung zu anderen Menschen für uns wichtiger ist, als wir bisher dachten, und dass wir als Menschen auch nur Teil der Natur sind, meine Damen und Herren. Und wenn wir in sie massiv eingreifen, schlägt sie, so könnte man fast sagen, zurück. Wir setzen uns Risiken aus. Damit meine ich nicht nur Corona, sondern auch die Folgen für das Klima und den massiven Verlust an Artenvielfalt, meine Damen und Herren. Jetzt ist wirklich der Zeitpunkt, das agrarindustrielle Modell zu beenden, die Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur zu beenden und einen neuen Weg zu gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist es denn sonst, wenn nicht Ausbeutung, wenn wir feststellen, dass wir heutzutage an die 75 Prozent Artenverlust haben, meine Damen und Herren?

Wir haben uns ja ein paar Regeln gegeben, zum Beispiel mit dem Pariser Abkommen. Das ist der große Kompromiss zu der Frage, was wir im Bereich Klimaschutz tun müssen. Wir müssen auf den Weg zum 1,5-Grad-Ziel kommen, meine Damen und Herren. Und mit relativ, ich sage mal, mittelgroßen Maßnahmen hat die Kommission Vorschläge gemacht: mit dem Green Deal, mit der Farm-to-Fork-Strategie, mit der Biodiversitätsstrategie. Ja, aber dann müssen wir auch – ich spreche an der Stelle Alois Gerig an, der ja gesagt hat, wir brauchen einen ganzen Werkzeugkasten – das notwendige Werkzeug in diesen Werkzeugkasten tun und nicht nur einen Schraubenschlüssel kleinster Größe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Oder einen Zollstock! Wo ist der denn?)

Das ist doch genau der Mangel: dass wir da nicht ausgerüstet sind, Herr Kollege. (C)

Natürlich sagen Sie dann wieder: Ach, die Grünen wollen irgendwas verbieten oder reden die Welt schlecht. – Ich kann Ihnen da nur mit einem alten Indianerspruch antworten: Wenn du merkst, du reitest ein totes Pferd, steig ab – im doppelten Sinne des Wortes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rainer Spiering [SPD]: Och, das habe ich vor vier Jahren schon gehört!)

– Der Satz ist noch älter.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Man soll auch nicht länger reden, als man auf einem Bein stehen kann, sagen die Indianer!)

Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, anhand von Fakten Politik zu machen. Und das heißt jetzt, Zukunft für die Landwirtschaft zu organisieren. Wenn im Frühjahr das Saatgut nicht keimt, weil kein Wasser da ist, dann ist das keine Zukunft – drei Jahre Dürre, meine Damen und Herren! Wenn die Tierhaltung keine Akzeptanz mehr in der Bevölkerung hat, dann ist das auch keine Zukunft. Wir müssen zu einer anderen Tierhaltung kommen – das ist natürlich zu honorieren –, aber eben auch Tierzahlen reduzieren. Immer weniger Tiere immer besser halten, meine Damen und Herren, das ist die Devise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Wir kommen nicht um wirklich große Veränderungen herum: die Reduktion der Pestizide und der Antibiotika – resistente Keime sind ein Gesundheitsproblem, meine Damen und Herren – sowie ein Hochfahren des Ökolandbaus. Und deshalb plädieren wir dafür, jetzt wirklich einen Umbau in zwei Etappen zu machen: Lassen Sie uns diese GAP-Periode und die nächste nutzen, um zu einer 100-Prozent-Gemeinwohlprämie zu kommen! Lassen Sie uns aus den Direktzahlungen aussteigen und die Landwirte tatsächlich in den Wettbewerb treten, egal ob konventionell oder öko! Sie haben die Möglichkeit, für ökologische Maßnahmen mit einem hohen Stand Punkte zu bekommen. Das sorgt für Planbarkeit und Berechenbarkeit. Das hilft uns beim Schutz von Boden, Wasser, Luft, beim Klima und bei der Artenvielfalt. Das sind die Grundlagen für die Landwirtschaft und nicht kurzfristige Zahlensysteme, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und lassen Sie uns bitte eines tun – wir haben in unserem Antrag die Details ausgeführt –: die Dinge endlich zusammendenken. Ich glaube, dass eines unmöglich ist: dass wir zum Ende der Legislaturperiode zwar eine Zukunftskommission haben, aber die Zukunftskommission sich nicht um die GAP-Reform kümmern soll.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:
Frau Kollegin, die Redezeit.

(A) **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
 Letzter Satz. – Die GAP-Leute warten auf den Zukunftsbereich. Dann haben wir noch die Borchert-Kommission, um die sich auch alle nicht kümmern sollen, wo nichts zusammenpasst.

(Hermann Färber [CDU/CSU]: Und noch die Grünen!)

Meine Damen und Herren, wir lassen uns nicht unter Zeitdruck setzen.

(Reinhard Houben [FDP]: War das ein Satz? Das war mehr als ein Satz!)

Agrar und Umwelt haben ein Recht, mitzureden. Agrar, Umwelt und globale Gerechtigkeit zusammen diskutieren und den Bauern wirklich reinen Wein einschenken – also ein neues System. Das ist die Zukunft und nicht Rumwurschteln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

So, nach diesen vielen letzten Sätzen hat jetzt das Wort die Bundesministerin Julia Klöckner.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Künast, das Interessante ist ja nicht, was in Ihrem Antrag steht, sondern was überhaupt nicht drinsteht. Deshalb haben Sie wahrscheinlich auch nicht über den Antrag reden wollen: weil Sie eben selber ein bisschen unstrukturiert gewesen sind. Sie haben vorhin gesagt: Alles muss zusammenpassen. – Am Ende hat man gar nicht gewusst, was Sie gerade wollten.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
 Wollen Sie nicht mal Ihre Arroganz im ersten Satz wenigstens weglassen?)

Um es mal konkret zu sagen: In diesem Antrag, in dem es um die Landwirtschaft in Deutschland, in Europa und auch weltweit geht, kommt auf sieben Seiten ein Wort kein einziges Mal vor: Ernährung. Das Wort „Ernährungssouveränität“ in Bezug auf Entwicklungsländer ja; aber ansonsten kommt „Ernährung“ nicht vor. Eines will ich hier deutlich sagen, nämlich was Sie und uns massiv unterscheidet: Für uns sind Landwirte diejenigen, die unsere Nahrungsmittel erzeugen, und sie werden von uns nicht zu reinen Landschaftsgärtnern umerzogen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist, glaube ich, ganz wichtig, das hier noch einmal hervorzuheben.

Man weiß gar nicht, wo man bei Ihrem Antrag oder auch Ihrem Vortrag anfangen soll. Vielleicht nehme ich Sie einfach noch mal mit in die Realität, dahin, wo wir uns gerade befinden.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
 Aber nicht in Ihre! Da will ich nicht hin!)

(C)
 Auf der einen Seite sagen Sie, Ihnen geht der Umbau der Landwirtschaft nicht schnell genug. Auf der anderen Seite sagen Sie: Wir lassen uns nicht drängen. – Also, ein bisschen entscheiden müssen Sie sich schon, weil mittlerweile Fakten geschaffen worden sind. Wir haben viel erreicht in Europa. Das mag Ihnen nicht passen; aber wenn ich Ihre Pressemitteilung als Ministerin damals zur GAP, die Sie bejubelt haben, durchlese, stelle ich fest: Da haben Sie die Schaffung der Flächenprämie, die Cross-Compliance-Regelung als einen totalen Systemwechsel, als eine absolute Umweltregelung, als *die* Umweltleistung schlechthin bezeichnet. Davon haben wir uns verabschiedet. Wir sind nämlich jetzt weggekommen von der klassischen Prozessorientierung, weggekommen von der klassischen Hektar-Bezahlung.

Frau Künast, wir haben einen Systemwechsel eingeleitet. Und dieser Systemwechsel wird jetzt Folgendes mit sich bringen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie wissen auch, was vor 2003 war? Das wissen Sie schon? Was für Regeln es damals gab, wissen Sie schon?)

– Ja, es passt jetzt nicht ins Konzept; aber Fakten müssen in einem Parlament schon genannt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was ist die Folge? Die Folge wird sein, dass es keinen Euro an Direktzahlungen mehr ohne – –

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D)
 – Also, Sie hatten eben Zeit, zu reden – hat nicht so geklappt –, aber jetzt müssen Sie doch nicht die ganze Zeit reinrufen, wenn ich doch jetzt rede.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das Parlament! Da kann man auch mal dazwischenrufen!)

Da müssen wir doch mal ordentlich miteinander umgehen. Mensch, das muss man doch ein bisschen ertragen können!

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie es in den Wald hineinruft, so schallt es heraus! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Gut. – Also, wie wird die neue Agrarpolitik sein?

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beruhigen Sie sich. Es wird alles gut.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind hier nicht die CDU-Fraktion! Das ist der Deutsche Bundestag! – Beifall des Abg. Rainer Spiering [SPD])

(A) **Julia Klöckner**, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Also, um es noch mal aufzugreifen: Ja, ich bin engagiert, weil ich mich für die Landwirte einsetze. Bei Ihnen hat nur Ökologie eine Rolle gespielt. Ökologie ist wichtig; aber wer Nachhaltigkeit herunterdekliniert, der muss sie komplett herunterdeklिनieren. Und dazu gehören die Ökologie, aber auch die Ökonomie und die soziale Frage.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Das geht doch nicht, dass es überhaupt keine Rolle spielen soll, ob Landwirte überhaupt von ihrer Arbeit leben können.

Sie malen doch immer ein Bild von kleinen, schönen, schnuckeligen Höfen. In Ihrem Antrag sprechen Sie zwar die neuen Techniken im Bereich Precision Farming, also Präzisionslandwirtschaft, an, aber lehnen explizit deren Förderung ab.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Da frage ich mich: In welcher Welt leben Sie? Im Jahre 1900 hat ein Landwirt fünf Leute ernährt; da hatten wir aber ganz andere Probleme. Heute ernährt er 150 Personen. Das ist für Sie wahrscheinlich schwierig, weil es eine Abkehr von dem schönen romantischen Bild ist.

Ich will mal eines deutlich machen: In der Coronazeit ist doch klargeworden, was es für die Bevölkerung heißt, wenn die Regale halbleer sind. Nahrungsmittel wachsen nicht einfach im Supermarktregal.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Franziska Gminder [AfD] und Karlheinz Busen [FDP])

Wenn ich sehe, dass wir einen Selbstversorgungsgrad von nur 83 Prozent in Deutschland haben, und ich mir dann Ihre Positionierung zum Welthandel anschau, dann kann ich nur sagen: Das ist ja purer Konsumnationalismus, was Sie hier predigen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Wir selbst sind doch angewiesen auf Handel. Wir selbst tragen dazu bei und umgekehrt. Es gibt in vielen Ländern dieser Welt landwirtschaftliche Gegebenheiten, die es überhaupt nicht ermöglichen, auf dieser Grundlage die Menschen dort zu ernähren. Es wäre doch arrogant, zu sagen: Jeder macht vor seiner Hütte nur sein eigenes Ding.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es muss doch zusammenpassen, was Sie hier fordern.

Was machen wir im Rahmen der neuen EU-Agrarpolitik? Jeder Euro aus der ersten Säule wird konditionalisiert, also an Umwelt- und Klimaschutzleistungen geknüpft. Dann kommen 20 Prozent an Ökoleistungen drauf. Das hat weder die Kommission vorgeschlagen, noch hat jemals jemand geglaubt, dass wir das verbindlich für alle einführen werden. Und das haben wir gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Stattdessen fordern Sie, Deutschland hätte all das ignorieren sollen. Was ist das für eine Arroganz angesichts einer demokratisch getroffenen Mehrheitsentscheidung auf europäischer Ebene! Deutschland ist Deutschland, aber Sie schreiben – –

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie mal Frau von der Leyen, was die davon hält!)

– Na ja, passen Sie mal auf, Sie haben das in Ihrem Antrag geschrieben.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich passe immer auf!)

Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, Deutschland hätte sich durchsetzen müssen. Sie haben ja GLÖZ und vieles andere genannt. Es ist vieles enthalten – das sind auch Dinge, die ich teile –

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ah!)

wo wir schon längst auf dem Weg sind. Beim Thema Grünlandumbruch sage ich: Guten Morgen! Das ist doch alles in unseren Papieren enthalten. – Ich habe das Gefühl, Sie haben sie gar nicht gelesen. Deshalb braucht auch Ihr Minister Günther noch ein bisschen Zeit, bis er meinem Brief antworten kann.

Aber ich will eines deutlich sagen: Die EU-Agrarpolitik wartet nicht auf Sie Grüne, bis Sie irgendwie mal austariert haben, ob Sie neue Pflanzenzüchtungsmethoden wollen oder nicht wollen. Da ist Ihnen ja die Debatte untersagt worden bzw. in Baden-Württemberg das Forschungsprojekt gestoppt worden.

(D)

Lassen Sie uns noch einmal zu dem Hauptpunkt kommen, der mir wichtig ist. Wir sind mit der Landwirtschaft auf dem Weg, dass sie umweltgerechter wird, dass mehr Tierschutz gefördert wird, dass wir vor allen Dingen Nahrungsmittel sichern und den jungen Landwirten eine Chance geben, in die Zukunft zu schauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das geht nicht ohne Landwirte. Das geht nicht, indem wir in Klein und Groß, in Gut und Schlecht unterteilen. Das geht auch nicht, wenn wir ökologische Landwirte gegen konventionelle ausspielen. Wir als CDU/CSU und als Bundesregierung machen im Rahmen der Großen Koalition ein Angebot. Das Angebot heißt: Zielkonflikte lösen, in Innovationen, Forschung und in Technik investieren. Dann können wir Pflanzenschutzmittel reduzieren, aber auch Ernten sichern.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie dürfen auch den Acker nicht vergessen!)

Das muss der Geist sein, den das Ganze atmet, sonst werden wir Lebensmittel importieren. Und dann haben wir auf deren Standards gar keinen Einfluss mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das freut Ihre Agrarpolitiker, wenn Sie ein solches Bekenntnis abgeben!)

(A) Vizepäsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Der nächste Redner: für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Stephan Protschka.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Protschka (AfD):

Habe die Ehre, Herr Präsident! Frau Ministerin! Grüß Gott – das verstehe ich auch. Die Lockdown-Maßnahmen der Bundesregierung haben Deutschland in eine schwere, vielleicht sogar in die schwerste wirtschaftliche Krise seit dem Krieg gestürzt. Ganz besonders hart hat es vor allem die deutsche Landwirtschaft getroffen, die dank der verfehlten Agrarpolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ohnehin schwer angeschlagen war. Ausgerechnet mitten in der Krise belastet die aktuelle und vielleicht auch zukünftige Bundesregierung mit den Grünen die heimische Landwirtschaft mit noch mehr Auflagen und Verboten und erhöht weiterhin den Kostendruck auf die Landwirte.

Alle diese Verbote und Auflagen laufen dabei immer nach dem gleichen Muster ab. Sie werden unter dem Vorwand der Angst begründet und als alternativlos dargestellt. Beispiele dafür sind die Nitratbelastung des Grundwassers – hu! –, der dramatische Artenverlust oder das große Insektensterben. Das hört sich alles ganz schlimm an.

(B) Ihnen fehlt in der Regel jegliche wissenschaftliche Grundlage, und es wird nie eine belastbare Folgenabschätzung durchgeführt. Fast immer klingen die geforderten Maßnahmen gut, führen aber genau zum Gegenteil dessen, was man eigentlich erreichen will. Nach dem Motto: Scheißegal, was die Maßnahme bringt. Das Wichtigste ist: Der Schmetterling weiß, wer ihn gerettet hat oder retten will, meine Damen und Herren.

Damit überfordern Sie die deutsche Landwirtschaft regelmäßig, weil Sie von den Betrieben viel zu viel auf einmal verlangen. Dazu kommt die Wettbewerbsverzerrung durch die Agrarpolitiker aufgrund der deutschen Sonderwege. Mittlerweile zahlen die deutschen Landwirte 246 Euro mehr pro Hektar als ihre europäischen Kollegen.

Wenn überhaupt, dann kann eine Gemeinsame Agrarpolitik nur dann funktionieren, wenn wir in Europa – ich spreche von Europa und nicht von der EU – einheitliche Rahmenbedingungen haben. Davon sind wir leider weit entfernt, weil unsere Regierung mit den nationalen Alleingängen immer alles viel schlimmer machen muss, als es die EU verlangt. Das hat leider mit einer Gemeinsamen Agrarpolitik nicht mehr viel zu tun.

Nur eine wirtschaftlich leistungsfähige Landwirtschaft, meine Damen und Herren, ist nachhaltig und zukunftsfähig. Viel ehrlicher ist deshalb unser Weg. Wir stehen für eine aufgeschlossene Agrarpolitik, die den bäuerlichen Familienbetrieb wieder in den Mittelpunkt stellt. Wir werden den Bauern wieder Mut und Sicherheit für die Gegenwart und auch für die Zukunft geben. Wir fordern deshalb, dass die Agrarpolitik wieder in das deutsche Parlament zurückgeholt wird; denn wir können in

Deutschland besser und demokratischer über die Zukunft unserer Landwirte entscheiden als irgendwelche planwirtschaftlichen Schreibtischbürokraten in Brüssel. **(C)**

(Beifall bei der AfD)

So wird es uns auch gelingen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte wieder stärker wird. Ein wirtschaftlich starker, freier und unabhängiger Bauernstand ist der beste Garant für effektiven Umweltschutz, Naturschutz und Tierschutz. Nur das hat Zukunft, meine Damen und Herren. Aber das funktioniert nur mit der AfD.

Danke schön fürs Aufpassen! Einen schönen Tag noch! Habe die Ehre!

(Beifall bei der AfD)

Vizepäsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Es macht sich bereit der Kollege Rainer Spiering, SPD-Fraktion. – Sie haben jetzt das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Protschka, Sie können fordern, was Sie wollen.

(Stephan Protschka [AfD]: Stimmt, in der übernächsten Legislatur wirken wir sowieso mit!)

Aber Sie bemühen Wissenschaft, obwohl Sie nicht eine einzige wissenschaftliche Ausarbeitung gelesen haben. Wenn Sie sich wenigstens mit den Ressortforschungseinrichtungen des Bundesministeriums beschäftigen würden. Ob es das Thünen-Institut, das Friedrich-Loeffler-Institut, das Max-Rubner-Institut ist: Bei allen Instituten wird Ihnen der Unsinn, den Sie verbreiten, widerlegt. **(D)**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen: Sagen Sie, was Sie wollen, aber bemühen Sie niemals Wissenschaft. Niemals – Sie nicht.

(Stephan Protschka [AfD]: Aber Sie hören darauf! – Weiterer Zuruf von der AfD: Arrogant!)

Jetzt zur Frage der GAP. Ich habe im Vorfeld ein schönes Zitat von Ludwig Erhard gelesen.

Ein Kompromiss, das ist die Kunst, einen Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das größte Stück bekommen.

Ja, das hat mich dann nachdenklich gemacht. Ich habe darüber nachgedacht: Wer hat denn jetzt den größten Teil des Kuchens bekommen? Ich kann in meiner Einschätzung irren, aber offensichtlich haben sich die Agrarminister so verständigt, dass sie der Meinung sind, jeder hätte den größten Teil des Kuchens bekommen.

Ob das auf der ökologischen Seite auch so bewertet wird, daran habe ich große, große Zweifel. Deswegen bemühe ich jetzt den Kommentar einer angesehenen Zeitung dazu, und zwar „Die Zeit“ vom 26. November 2020. Es geht um die Umstellung auf die Direktzahlung – Kurzform: „Mehr Hektar, mehr Geld“. Die Absicht war,

Rainer Spiering

- (A) es sollte so lange fließen, bis die Betriebe durch effizienteres Wirtschaften konkurrenzfähig gemacht wären. Das war die Theorie. In der Praxis verschwanden trotzdem viele Betriebe – die Förderung machte die großen noch reicher, während die kleinen nicht überlebten. Wer viel Fläche besitzt, wurde bevorteilt.

– Das sagt „Die Zeit“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD: Muss ja stimmen!)

Ich glaube auch, dass das stimmt.

(Stephan Protschka [AfD]: Das ist ein Wissenschaftsmagazin, oder?)

Die Zahlen, die genannt werden, stimmen auch. 1998 555 000 Betriebe, jetzt 266 000 Betriebe. Das macht deutlich, dass sich diese Form der Förderung mit Geld pro Fläche weder ökologisch noch ökonomisch oder vor allem – das ist das Allerschlimmste – für die Landwirtschaft nicht ausgezahlt hat. Deswegen glaube ich, dass wir einen Paradigmenwechsel durchführen müssen.

Frau Klöckner, Sie haben dankenswerterweise angesprochen, dass wir das gemeinsam machen. Ja, das glaube ich auch. Das BMU hat heute eine Stellungnahme dazu abgegeben. Diese muss nicht jedem gefallen. Aber es ist auch ein starkes Ministerium. Ich würde Sie dringend bitten, im Schulterschluss mit dem BMU diese weitreichende Problematik für uns gemeinsam zu lösen. Ich glaube, wenn ein Wille dazu da ist, dann ist es auch machbar.

- (B)

Jetzt möchte ich aufzeigen, welche Vorteile das für einen kleinen Betrieb bedeutet. Die Rechnung ist einfach: 100 Hektar 30 000 Euro, 10 Hektar 3 000 Euro. Das Europaparlament – Frau Ministerin, das ist auch eine demokratische Institution – wird immer noch für die 30 Prozent streiten. Timmermans wird für die 30 Prozent streiten. Phil Hogan hatte 40 Prozent vorgesehen aus der ersten Säule.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Nein! Das stimmt nicht!)

Nehmen wir das einmal als Grundlage. Jetzt mache ich einmal folgende Rechnung auf: Ich reduziere den Betrag in der ersten Säule wirklich massiv – ich sage einmal – auf 60 Prozent und belohne dann Agroforstsysteme mit materiellen Leistungen aus der GAP. Dann kann der Zehn-Hektar-Hof nicht 3 000 Euro, sondern 5 000 oder 5 500 Euro bekommen. Das bedeutet für einen kleinen Hof – die Landwirte, die hier sitzen, wissen das alles – 400 bis 450 Euro pro Monat mehr Ertrag. Das ist für jeden kleinen Hof viel, viel Geld. Wir würden es den Kolleginnen und Kollegen aus der Landwirtschaft von Herzen gönnen, wenn sie für öffentliches Geld öffentliche Leistungen erbringen können und dafür Anerkennung bekommen – nicht nur materiell, sondern auch als moralische Tat – und wenn man ihnen auch zubilligt, dass sie das für die Gesellschaft tun.

(Beifall bei der SPD)

(C) Wir müssen raus aus dieser Endlosschleife: Je mehr Geld Sie in das System pumpen, desto interessanter wird es natürlich für jeden, der auf Großimmobilien setzt. Sie kennen die Beispiele: Münchener Rück, Aldi, die Schwarz-Gruppe mit Lidl, deren Stiftung. Alle die stürzen sich auf diesen fetten Brocken sicherer Finanzierung und hoher Rendite durch die EU. Warum lassen Sie das zu? Warum suggerieren Sie auch noch den Kleinsten der Kleinen, die sich nicht wehren können, das sei etwas Gutes? Es ist nichts Gutes.

Ich will Ihnen auch mal sagen, warum einer wie ich will, dass kleine Landwirtschaft lebt: Unsere Dörfer zu Hause leben von dem Bild der kleinen Höfe, und natürlich brauchen die ein zusätzliches Einkommen, weil die Höfe in der Instandhaltung Unmengen Geld kosten. Man muss dafür wahnsinnig viel Geld verdienen. Ich habe zu Hause selbst so einen Klotz am Bein; dafür braucht man Geld. Aber dann dürfen wir es doch nicht denen geben, die sowieso Unmengen Geld haben, sondern wir müssen es denen geben, die ihre Höfe erhalten wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit können wir unsere Landschaft so erhalten, wie sie ist. Mein Gott, das kann doch nicht so schwer sein. Das Bild von einer intakten Landschaft, von honorierter Arbeit muss mehr wert sein als der Börsenwert, für den er im Moment verkauft wird. Mir tut das bitter leid.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Dr. Gero Hocker hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Überschrift des grünen Antrags „Landwirtschaft eine Zukunft geben“ liest, hat man zu Beginn dieses Wahljahres den Eindruck, dass hier eine weitere Annäherung zwischen Schwarz und Grün erfolgen soll.

(Beifall des Abg. Stephan Protschka [AfD] – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Frau Klöckner gerade widerlegt!)

Nach den Aussagen von Markus Söder vor einigen Wochen und von Norbert Röttgen gerade ganz aktuell, die ja beide sehr deutlich ihre Sympathien füreinander und für ein Bündnis mit den Grünen zum Ausdruck gebracht haben, würde das ja auch gar nicht wundern. Ich sage Ihnen aber eins, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wenn dieser Antrag ein Vorbote von Schwarz-Grün in Deutschland ist, dann gibt es in diesem Lande am 26. September 2021 keinen einzigen Landwirt, der reinen Gewissens diesen Parteien seine Stimme geben wird, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gero Clemens Hocker

- (A) Die Grünen loben in ihrem Antrag die sogenannte Farm-to-Fork-Strategie, die vorsieht, dass man beim Thema „Antibiotika“ und beim Thema „chemischer Pflanzenschutz“ pauschal Reduzierungen vornimmt. Sie lassen dabei aber völlig außen vor, dass verschiedene Nationalstaaten – Deutschland vorneweg – ja schon erhebliche Anstrengungen unternommen haben und auch Erfolge haben feiern können bei diesen Reduktionsstrategien. Da ist es völlig falsch, allgemeine Ziele zu definieren. Deswegen sage ich es Ihnen ganz ausdrücklich: Wenn solche pauschalen und ideologischen Vorstellungen Teil einer Bundesregierung werden sollten, dann hat Landwirtschaft, anders als Ihr Antrag das in der Überschrift benennt, nicht nur keine Zukunft mehr, sondern dann hat sie schon in fünf Jahren keine Perspektive mehr in Deutschland. Da müssen wir gegensteuern, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Fakt ist, dass innerhalb eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes immer noch Äpfel mit Birnen verglichen werden. Der deutsche Tierhalter, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss viel, viel höhere Tierhaltungsstandards einhalten als sein Berufskollege in Südeuropa oder in Osteuropa. Deswegen brauchen wir endlich ein verpflichtendes, mindestens europaweites Tierwohllabel und eine Herkunftskennzeichnung, damit Tiere zumindest im Binnenmarkt und nicht nur in Deutschland tiergerecht gehalten werden und damit es endlich auch fairen Wettbewerb zwischen den Betrieben in Südeuropa, Osteuropa und denen in Deutschland geben kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dass Sie, verehrte Frau Ministerin, die Zeit der EU-Ratspräsidentschaft, in der man das wunderbar hätte auf den Weg bringen können, quasi ungenutzt haben verstreichen lassen, das machen wir Ihnen zum Vorwurf.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Natürlich hat es in den letzten Jahren eine ungemeine Verschiebung der Marktmacht vom Erzeuger hin zum Handel gegeben; da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Dass Landwirte, Milchviehhalter oder Milchbetriebe noch nicht mal wissen, welchen Preis sie für einen Liter Milch bekommen, wenn die Molkerei die Milch abholt, ist doch ein unerträglicher Zustand, und das gibt den Landwirten eben auch keine Planungsmöglichkeit und Planungsgrundlage. Landwirte leisten einen hervorragenden Job in Deutschland, sie erzeugen die weltweit hochwertigsten Lebensmittel, und deswegen ist es auch berechtigt, wenn sie fordern, dass sie angemessen honoriert werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen eins und komme damit zum Schluss: Wir brauchen gegenwärtig dreierlei, um die Situation der Landwirte zu verbessern:

Erstens. Wir müssen dafür sorgen, dass das Bundeskartellamt nicht nur besser ausgestattet wird, sondern auf seine Empfehlung auch gehört wird, weil es kontraproduktiv gewesen ist, dass Sigmar Gabriel seinerzeit sich

über die Empfehlung des Kartellamtes einfach hinweggesetzt und eine zusätzliche Zusammenballung von Marktmacht aufseiten des Handels erlaubt hat. (C)

Zweitens. Wir brauchen eine Erleichterung von Zusammenschlüssen von landwirtschaftlichen Betrieben, um der Marktmacht des Handels auch perspektivisch etwas entgegenzusetzen zu können.

Drittens. Meine Damen und Herren – das ist das Allerwichtigste –, wir müssen in der Politik auch mal wieder den Rücken gerade machen, auch und gerade in einem Wahljahr, und dem Verbraucher sagen, dass das Prinzip „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ nicht funktioniert und derjenige, der immer höhere Standards fordert, –

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, die Zeit ist um.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

– auch bitte dafür einen angemessenen Preis zahlen muss.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Als Nächstes hat das Wort die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht wieder mal um die zukünftige EU-Agrarpolitik. Das ist ein wichtiges Thema, nicht nur für die Landwirtschaft selbst, sondern für uns alle. Denn jetzt werden die Weichen dafür gestellt, wie in den nächsten Jahren Lebensmittel produziert werden, und diese brauchen wir nun mal zum Leben. Aber sie werden eben auch mit unseren Lebensgrundlagen produziert: Wasser, Boden, Luft. Das heißt, es geht um unser aller Zukunft. EU-Kommission, Rat und Parlament verhandeln dazu gerade im Trilog. Entscheidend wird für uns aber sein, dass die relativ ehrgeizigen Ziele der EU-Strategien für mehr Schutz des Klimas und für die biologische Vielfalt wirklich erreicht werden. Denn sonst läuft uns die Zeit davon, und das können wir nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber bei diesen Themen gibt es ja wenigstens ein bisschen Hoffnung auf Fortschritte. Dagegen droht die soziale Krise in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen der EU ein blinder Fleck zu bleiben. Das wäre fatal, auch für die ortsansässigen Agrarbetriebe; denn die werden als Verbündete für eine neue Landwirtschaft, eine nachhaltige Landwirtschaft gebraucht. Ihnen müssen wir die Existenznöte nehmen. Dazu werden aus der Sicht der Linken zwei Grundsatzentscheidungen gebraucht. Erstens. Agrarförderung muss an soziale und ökologische Leistungen gebunden werden,

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) heißt: Gemeinwohlprämie. Zweitens. Es muss endlich Schluss sein mit einer konzernfreundlichen Agrarpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt noch mehr Korrekturbedarf. Zum Beispiel werden spezifische Benachteiligungen von Frauen weitgehend ausgeblendet, auch bei der Bundesregierung übrigens; das hat die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken ergeben. Derweil wandern aber junge Frauen weiter aus den ländlichen Räumen ab, und das oft nicht freiwillig, sondern weil Einkommens- und Lebensperspektiven fehlen. Zum Beispiel gehört Deutschland mit mageren 7 Prozent Anteil von Frauen an der Spitze von Agrarbetrieben zu den Schlusslichtern in der EU. Wenn es keine Ökobetriebe und Genossenschaften gäbe, wäre die Situation sogar noch blamabler. Förderprogramme kommen oft bei Frauen nicht an. Sie passen nicht, oder sie haben zu hohe Hürden. Fehlende Angebote bei Bus, Bahn, Kultur, Bildung oder digitaler Teilhabe treffen eben gerade Frauen.

Ein besonders dramatisches Defizit greift der Deutsche LandFrauenverband gerade in einer aktuellen Petition auf. Statt knapp über 1 100 Geburtshilfestationen im Jahr 2000 gab es 2018 nur noch 778. Laut einer Umfrage im November 2017 mussten in den sechs Monaten davor sogar mehr als 35 Prozent der Geburtskliniken mindestens einmal Schwangere abweisen. Das trifft vor allem die Frauen auf dem Land. Eine Geburt lässt sich aber eben nicht beliebig lang räumlich oder zeitlich verschieben. Hier wird mit der Gesundheit und dem Leben von Mutter und Kind gespielt. Eine gut erreichbare Geburtshilfe ist kein Luxus, sondern muss selbstverständlich sein, auch in den ländlichen Räumen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg.
Franziska Gminder [AfD])

Und es ist gut, dass die Landfrauen diese Entwicklung nicht länger akzeptieren.

Leider hat die Benachteiligung von Frauen System. Deshalb brauchen Frauen mehr Einfluss, auch in der Agrarpolitik. Genau das will Die Linke mit ihrem heute vorliegenden Antrag erreichen. Ich hoffe, dass er Zustimmung findet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Hermann Färber, CDU/CSU-Fraktion.

(Stephan Protschka [AfD]: Jetzt aber bitte nicht wieder Grünen-Anbiederung!)

So, Hermann Färber, der Tisch ist gedeckt.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Grüne Woche! – Reinhard Houben [FDP]: Fastenzeit!)

Hermann Färber (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute drei ganz unterschiedliche Anträge der Opposition zum Thema Landwirtschaft. Eines haben diese drei Anträge allerdings gemeinsam: Sie zeigen ganz deutlich: An die deutsche Landwirtschaft werden sehr hohe Erwartungen gestellt. Zum einen geht es um die Erzeugung von gesunden, hochwertigen und sicheren Lebensmitteln, zum anderen geht es um die Themen Tierwohl, Umweltschutz und Klimaschutz.

Um die Umsetzung dieser Themen in die Praxis zu begleiten, hat das Kabinett im vergangenen Jahr die Zukunftskommission Landwirtschaft eingesetzt. Dieses Gremium erarbeitet nun bis voraussichtlich diesen Sommer Empfehlungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Themen Ökonomie, Ökologie und Soziales, Weiterentwicklung der GAP und zukünftige Handlungsperspektiven. Gleichzeitig soll ein Ausgleich zwischen den Interessen der Landwirtschaft, der Gesellschaft und den Verbänden des Umwelt- und Naturschutzes geschaffen werden.

Die Europäische Union hat mit der Biodiversitätsstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie sehr konkrete Ziele erarbeitet, zum Beispiel die pauschale Reduktion von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent. Meine Damen und Herren, ich bin selber Landwirt, und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Da rennt man bei den Landwirten in der Tat offene Türen ein. Wenn das so einfach funktionieren würde, würden sie nämlich nur noch halb so viel Geld dafür aufwenden müssen.

(D)

Aber wie es so oft bei europäischen Themen der Fall ist: Die Lösung wird nicht mitgeliefert. Wie Ziele umgesetzt werden sollen, das lässt man offen. Beide Strategien sollen eng mit der GAP 2020 verbunden werden. Die GAP ist nun einmal – ganz anders als man das hier und heute gehört hat – wesentlich stärker als bisher an ökologische Bedingungen geknüpft. Dazu kommt, dass nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Europäischen Union die Auszahlung an ökologische Bedingungen geknüpft ist.

Die Grünen waren vor Weihnachten sehr fleißig mit ihrem Antrag. Sie haben 42 Forderungen an die Ausgestaltung der GAP gestellt. Auf alle kann ich jetzt nicht eingehen – das würde ich gerne, aber der Präsident wird mir vorher das Mikrofon abschalten –, aber ein paar wesentliche Punkte möchte ich doch herausgreifen.

An der Verzahnung von Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie mit der GAP, meine Damen und Herren, wird doch schon längst gearbeitet. Wobei man ehrlicherweise sagen muss: Die Farm-to-Fork-Strategie, Frau Künast, geht uns nicht weit genug. Es ist zwar genau festgelegt, was die Landwirtschaft alles leisten muss, wie viel sie wo reduzieren muss. Im Bereich Verarbeitung müsste der Handel bis hin zum Verbraucher stärker eingebunden werden. Er ist aber komplett ausgespart. Man begnügt sich mit Selbstverpflichtungen und vielleicht noch mit irgendwelchen Verhaltenskodexen. Hier muss die EU noch nacharbeiten.

Hermann Färber

- (A) Eine starke Konditionalität und wirkungsvolle Eco-Schemes werden im nationalen Strategieplan momentan erarbeitet. Sie wurden aber nicht hier erarbeitet, sondern von den Ländern.

Rainer Spiering, du hast den Kommissar Hogan genannt, der 40 Prozent Konditionalität gefordert hat. Da musst du noch mal nachgucken; das wäre mir jetzt so nicht bekannt. Vielleicht ist irgendetwas durcheinandergelassen. Ich weiß nur, dass Herr Hogan den Systemwechsel eingeleitet hat, die Förderung nicht mehr an bestimmten Kriterien festzumachen, sondern die neun Ziele und die Erreichung der Ziele einfach als Maß der Dinge festzulegen.

(Rainer Spiering [SPD]: Ja, aber als Zwischenbemerkung – nicht böse gemeint –: 60 Prozent in der ersten Säule hat er festgelegt!)

– Ja, okay, aber nicht 40 Prozent Konditionalität.

Dann befürworten die Grünen in ihrem Antrag die Vergütung von klima- und naturschutzwirksamen Leistungen, lehnen aber gleichzeitig die Förderung von Technologien, die die Präzision verbessern, ab.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht als Umweltmaßnahme! In der zweiten Säule haben wir es nicht abgelehnt!)

– Okay, darüber müssen wir im Ausschuss noch beraten.

(Beifall der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen, lesen!)

- (B) Denn eines ist klar: GPS-gesteuerte, sensorgesteuerte und kameragesteuerte Technik ist für kleine Betriebe unerschwinglich. Deshalb ist es wichtig, dass sie auch wirklich gefördert werden.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Macht Technologieförderung draus! – Weiterer Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das tierschutzpolitische Ziel mit einer verbindlichen vierstufigen Haltungskennzeichnung in der gesamten EU wurde im Rat befürwortet und wird derzeit bearbeitet. Einer meiner Vorredner – ich glaube, Herr Hocker war es – hat gesagt: Es ist nichts passiert. – Lesen Sie noch mal nach: Das ist auf europäischer Ebene von Deutschland in der Ratspräsidentschaft gesetzt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es spricht nichts dagegen, den ökologischen Landbau in den nächsten zehn Jahren auf 30 Prozent zu erhöhen. Die Frage ist nur, ob man die Märkte dafür schaffen kann.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Es hilft alles nichts, die Zeit ist um.

Hermann Färber (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss.

Leider Gottes hat auch der FDP-Antrag nicht viel Neues enthalten. Wir werden die beiden Anträge an den Ausschuss überweisen. Der Antrag der Linken wurde schon beraten. Ihn lehnen wir ab.

Danke schön.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Straetmanns [DIE LINKE]: Das ist aber ein Fehler!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Hermann Färber. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf Drucksachen 19/25796 und 19/25794 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Zusatzpunkt 3. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Teilhabe von Frauen in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/20252, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/17778 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Ausschusses? – CDU/CSU, SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen und Linke. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 sowie den Zusatzpunkt 4 auf:

- 8 Beratung des Antrags des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

(D)

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung in Deutschland

Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages gemäß § 49 des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes

Drucksache 19/25494

- ZP 4 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffen Kotré, Tino Chrupalla, Dr. Heiko Heßenkemper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Modernste Kernenergie für Deutschland – Sicher, sauber und bezahlbar

Drucksachen 19/22434, 19/24904 Buchstabe a

Für die Aussprache sind 30 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache, und es beginnt für die Bundesregierung der Staatssekretär Thomas Bareiß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Bareiß, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Mit der Zustimmung zum öffentlich-rechtlichen Vertrag zum Braunkohleausstieg erreichen wir einen wei-